



Offener Brief von Eva Glawischnig (27. Oktober 2008)

Liebe Alle,

die Finanzmarktkrise und die dadurch verstärkte Wirtschaftskrise steht derzeit im Mittelpunkt der politischen Debatte, heute findet dazu eine Sondersitzung des Nationalrats statt, die derzeit live auf ORF2 übertragen wird. (Ich selbst liege leider mit Grippe im Bett). Ich möchte euch aber auf diesem Wege über die Aktivitäten und Überlegungen, die wir in den letzten Tagen auf Bundesebene vorangetrieben haben, informieren. Ich denke, dass diese Krise eine große politische Chance für uns ist. Auch in den Ländern und Gemeinden können wir mit unseren Argumenten und Inhalten überzeugen, denke ich.

Was bisher geschah



Werner Kogler, Bruno Rossmann und das Wirtschaftsteam im Parlamentsklub haben ein gutes Paket erarbeitet, wir haben Kritik am Bankensicherungspaket der Regierung platziert und zusätzliche Forderungen gestellt.
(Siehe: <http://www.gruene.at/wirtschaft/artikel/lesen/36502/>)

Das von der Regierung vorgeschlagene Paket, das heute im Nationalrat beschlossen werden wird, ist ein Paket von den Banken für die Banken. Während der Staat für die österreichischen Banken eine Garantie von unfassbaren 100 Mrd. Euro (das ist fast das Doppelte des österreichischen Staatshaushalts!) bereitstellt und bereits die Constantia Privatbank (Bekannt als „Bank für Millionäre“ und für Stiftungsvermögen) aufgefangen hat, gibt es kein Bestreben, die Kleinen, konkret private KreditnehmerInnen und Klein- und Mittelbetriebe zu schützen.

Gleichzeitig werden Manager im Banken- und Finanzbereich für die schweren Fehlspekulationen und Verluste nicht zur Verantwortung gezogen und kassieren weiterhin extrem überhöhte Gagen. Gewinne wurden privatisiert, Verluste sollen jetzt sozialisiert werden. Das versteht niemand mehr.

Eine Krise wird gegen die andere ausgespielt

Zusätzlich droht ein schwerer Rückschlag beim Klimaschutz, viele EU-Staaten wollen auf Grund der Bankenkrise beim Klimaschutz auf die Bremse steigen. Dies ist genau das Gegenteil dessen, was jetzt Not tut. Aktiver Klimaschutz würde die Konjunktur beleben (Stichwort: Wärmedämm-Offensive, Öffi-Ausbau) und Arbeitsplätze schaffen und sichern. Und: wenn jetzt nicht in Klimaschutzmaßnahmen investiert wird, werden die Folgekosten des Klimawandels in 20 bis 30 Jahren ein Vielfaches der jetzt nötigen Kosten betragen, mit massiven negativen sozialen, ökologischen und wirtschaftlichen Auswirkungen.

Wir haben daher in den letzten Tagen vor allem drei Forderungen in den Mittelpunkt gestellt:

1. Einführung einer „Spekulantenssteuer“ bzw. Börsenumsatzsteuer: Gemeint ist die Einführung einer Finanztransaktionssteuer auf EU-Ebene zur Eindämmung des Volumens spekulativer Finanztransaktionen. Teile der Einnahmen sollen für den europäischen Klimaschutz verwendet werden. Bis zur Einführung dieser Maßnahme soll in Österreich die Börsenumsatzsteuer in Höhe von 1,5 Promille wieder eingeführt werden.
2. Schutz für Private und Klein- und Mittelbetriebe: Der Staat soll nur dann Haftungen oder Garantien für Banken übernehmen, wenn sichergestellt ist, dass die davon begünstigten Banken für die nächsten drei Jahre ein Moratorium für die vorzeitige Fälligkeit von Krediten und bei der Einforderung von zusätzlichen Sicherheiten für Kredite von KMUs und von Privatpersonen zur Finanzierung vom Kauf einer eigenen Wohnung oder zum Bau des eigenen Hauses einhalten und (Nicht-Fremdwährungs-)Kredite zu fairen Bedingungen an KMUs und an Privatpersonen zur Wohnraumbeschaffung für den Eigenbedarf bereitstellen.
3. Managerhaftung: Begrenzung von Gehalts-, Pensions- und Abfertigungsansprüchen, staatliches Vorzugspfandrecht an Gehalts-, Pensions- und Abfertigungsansprüchen, Abschaffung der steuerlichen Förderung von stock options, etc.

Zu diesen drei Punkten werden wir bei der heutigen Sondersitzung des Nationalrats Entschließungsanträge einbringen.

Noch ein paar generelle Überlegungen, die sich meiner Meinung nach eignen könnten, von uns auf allen Ebenen kommuniziert zu werden:

Die derzeitige Krise am Finanzmarkt und die daraus resultierenden Konjunkturreinbrüche und Arbeitsmarktprobleme weltweit sind Beweis dafür, was viele von uns längst befürchtet haben: Globalisierte Märkte, Geld, das keine Grenzen akzeptiert, ein völlig abgehobener, sich verselbstständigender weltweiter Finanzmarkt, der mit der Realwirtschaft nichts mehr zu tun hat außer dass er diese massiv gefährdet. Bis auf jene wenigen, die bei diesem globalen Finanz-Casino mitspielen und bei Gewinnen profitieren und die Verluste nicht tragen müssen, schaut der Rest der Weltbevölkerung fassungslos zu, wie Neoliberalismus, Globalisierungsfalle und Turbokapitalismus hunderte Milliarden verheizen und die Staatengemeinschaft plötzlich hunderte, ja tausende Milliarden an Garantien (aus Steuergeldern!) für jene verspricht, die das Geld verzockt haben. Allein die EU hat die Gesamtsumme von 2.000 Milliarden (!) Euro an Garantien und Haftungen beschlossen. Ein Bruchteil dieser Summen (laut UNO ca. 35 bis 40 Mrd. Euro) würden reichen, den

Hunger weltweit erfolgreich zu bekämpfen. In welcher Welt leben wir denn? Das fragen sich viele zu Recht.

Alle profitieren, niemand wird Schaden nehmen – beschwichtigten die Profiteure. Man darf die Wirtschaft nicht einschränken, nicht verschrecken, sonst wandert sie ab – antwortete die Politik den GlobalisierungskritikerInnen. Hilflös irgendwie. Jene, die mahnten, wurden abgetan als weltfremd, wirtschaftsfeindlich und schwarzmalersch etc.

Spätestens jetzt ist klar, dass das tatenlose Zusehen der Politik die befürchtete Fahrt in den Abgrund noch beschleunigt hat. Und was passiert jetzt? Statt die Zeichen der Zeit zu erkennen und den Abzockern den Riegeln vorzuschieben, stellt sich die Politik wieder auf die falsche Seite. Sie sichert nur Banken mit schwindlig machenden Milliardensummen ab, statt auch die Bankkunden abzusichern. Großkonzerne und Milliardenspekulanten werden großzügig dabei unterstützt, weiter ihre Nervenkitzel-Spiele auf Kosten der Weltwirtschaft und der arbeitenden Bevölkerung zu betreiben.

Es gibt derzeit keinen anderen Weg, als das Bankensystem durch staatliches Eingreifen zu retten, um noch massivere Auswirkungen auf die Realwirtschaft zu vermeiden. Zu zentral ist die Rolle der Banken in der Wirtschaft. ABER: Es darf nach Behebung der Krise nicht zur Tagesordnung übergegangen werden, wie dies die Banken, der Finanzmarkt gerne hätte. Die Staaten müssen die Rettungsaktion an Bedingungen knüpfen, die künftige Krisen verhindern. Den Zockern müssen Riegel vorgeschoben werden. Dazu zählt u.a. eine starke europäische Finanzmarktaussicht, eine starke Regulierung von Finanzmarktprodukten (Verbote, Registrierungspflicht) mehr demokratische Kontrolle der Banken, eine starke Managerhaftung, das Schließen von Steueroasen, unabhängige Rating-Agenturen u.v.m.

Der Staat muss seine Verantwortung wieder wahrnehmen. Die Politik muss in wirtschaftlichen Belangen wieder mitreden. Dass die EU gemeinsam handelt, ist sicher ein wichtiger Schritt für die Mitgliedsländer, sich gegen Erpressungsversuche der Wirtschaft zu immunisieren. Nur dürfen die gemeinsamen Maßnahmen nicht erneut reflexartig mit dem Fokus auf die Unternehmen und deren Profitmaximierung gesetzt werden, sondern müssen zum Wohle der BürgerInnen getroffen werden. Die Menschen haben immer weniger in ihren Taschen und die Wirtschaft stöhnt, nur weil das Plus in ihrer Bilanz geringer ist als beim letzten Mal. Und dazu zocken sich raffgierige Spekulanten mit atemberaubenden Finanztransaktionen von unvorstellbar hohen Summen reich.

Die Finanzkrise wird uns noch länger beschäftigen, wir haben zahlreiche gute Vorschläge und sollten diese, verpackt mit scharfer Kritik am System, unters Volk bringen.

Liebe Grüße,

Eva Glawischnig